

Eine Bürgerzeitung in Schleswig-Holstein

# SCHLEI-POST

Postwurfsendung



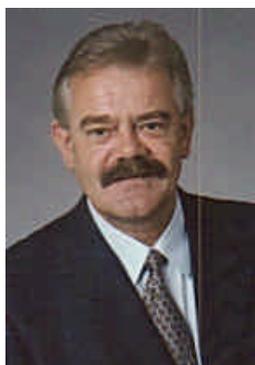
Herausgeber: SPD-Ortsverein Rieseby  
Redaktion: Dorit Indinger  
Greensweg 13  
24354 Rieseby  
04355 / 427

Auflage: 1.000 Stück      seit Februar 1978  
Februar 2000



---

## Insider mit Erfahrungen, er ist es! *Dieter Ellefsen!*



Am 27.02.2000 wählen wir im Kreis Rendsburg-Eckernförde einen neuen Landrat!

Hier präsentieren wir den Bewerber mit den besten Voraussetzungen.

Was liegt da näher, als den langjährigen Stell-

vertreter Dieter Ellefsen in dieses Amt zu berufen.

Seit über 20 Jahren hat er die Kreispolitik maßgeblich mitgestaltet. Dieses ist auch der Grund dafür, dass die Bündnis Grünen und der SSW ebenfalls diesen Kandidaten nominierten.

Sie trauen ihm zu, in seiner langjährigen Erfahrung in der Kreisverwaltung den besseren Überblick zu haben, als ein ortsfremder Kandidat, der erst Zusammenhänge erkunden muss, ehe er die notwendigen richtigen Entscheidungen zu treffen vermag.

Dieter Ellefsen kann schon jetzt für bestimmte Bereiche Punkte benennen, die er in der Ver-

waltung, z.B. kundenfreundlicher zu gestalten gedenkt. So möchte er dafür sorgen, dass die Kfz-Zulassungen nicht nur in Rendsburg oder Eckernförde, sondern auch in größeren Gemeinden oder Ämtern stattfinden können. Eine Dezentralisierung dieses Amtes ist mit den heutigen Informationstechniken überhaupt kein Problem. Dagegen würden die Bürger ihre Autos ohne den jetzigen Zeit- und Kostenaufwand an und abmelden können.

Ein weiteres, notwendiges und verbesserungswürdiges Verfahren betrifft die Baugenehmigungen. Jedes Amt und jede Gemeinde ist verärgert über die Zeitverzögerungen mit denen die Anträge bearbeitet werden. Hier sieht Dieter Ellefsen einen akuten Handlungsbedarf und weiß auch schon Möglichkeiten, um Abhilfe zu schaffen. Vorstellen könnte er sich, Bauingenieure vor Ort einzusetzen, die zu bestimmten Zeiten anwesend sind, die Bauanträge entgegennehmen und erst einmal auf ihre Vollständigkeit hin überprüfen. Sind die Voraussetzungen im Bebauungsplan erfüllt, könn-

ten in Zukunft auch die Genehmigung für ein Einfamilienhaus oder ein Carport auf schnellerem Wege erfolgen.

Auch über die Neuerung „Ländlicher Räume“ hat sich Dieter Ellefsen Gedanken gemacht. So bietet es sich an, neue Informationstechniken zu erschließen. Es ist beispielsweise möglich, über das Konzept „Kommin“, das durch eine Videokonferenztechnik private, wirtschaftliche, soziale und kommunale Dienstleistungen vereint und vor Ort – somit auch in kleinen Gemeinden – anwendet. Verwaltungshandlungen und Dienstleistungen können so automatisiert und in neue technische Strukturen integriert werden. Die Konse-

quenz hierfür wäre eine umfassende Verwaltungsreform, die in vielen Kreisen längst abgeschlossen ist und auch dem ländlichen Raum neue Chancen eröffnet.

Mit Dieter Ellefsen erhielten wir einen Landrat mit einem großen Erfahrungsschatz und reformfreudigen Ideen, die in unsere Zeit passen und umgesetzt werden können.

***Er ist der Beste!***

**Wer für den Fortschritt ist, wählt am 27. Februar 2000 Dieter Ellefsen zum Landrat des Kreises Rendsburg- Eckernförde.**

Dorit Indinger



## **Wählen – für die Demokratie**

Wer Politikern außer „nichts“ bisher alles zugebraut hat, findet sich in diesen Tagen bestätigt. Zustände, die wir in Nachbarländern zu recht beklagten und mit der einen oder anderen Mentalität begründeten, erleben wir nun in unserem eigenen Land. Allabendlich wird uns im Fernsehen zumeist live ein Schauspiel geboten, das wohl jeden Bürger enttäuschen und verärgern muß.

Zur selben Zeit stehen im Kosovo deutsche Soldaten auf der Straße, um für unumstößliche Eckpfeiler einer Demokratie einzutreten. Ihr Einsatz für Menschlichkeit, Grundrechte und Frieden ist unmittelbar mit dem System der Demokratie in unserem Lande verbunden. Und nun scheint eben diese Demokratie selbst in Gefahr zu sein. Unsere Botschafter in Uniform riskieren im Zweifelsfall ihr Leben für Frieden und Gerechtigkeit, für den Auftrag,

Rechtstaatlichkeit darzustellen und umzusetzen. Gleichzeitig müssen sie erleben, dass einige der Politiker, die sie mit Parlamentsbeschluss in das Kosovo schickten, die Rechtstaatlichkeit mit Füßen treten. Von vorsätzlichem und dauerhaften Hintergehen von Gesetzen bis hin zum vollständigen Ausschalten demokratischer Regularien, von persönlicher Bereicherung bis hin zur Lüge im Parlament reicht die Palette.

**Für mich ist dies keine Frage der jeweiligen politischen Ausrichtung, sondern eine Frage des persönlichen Demokratieverständnisses einzelner Politiker. In der Tat ist hier mehr in Gefahr, als nur die persönliche Karriere der Mandatsträger. Unsere Demokratie hat sich rückblickend streckenweise als mafiöse Veranstaltung entpuppt. Damit muß eine Gesellschaft**

**Schwierigkeiten haben. Die immer größer werdende Gruppe der sich enttäuscht zurückziehenden Nichtwähler ist ein Maß dafür, welchen Wert die Demokratie in unserer Gesellschaft noch besitzt.**

Was also tun, sich auch enttäuscht zurückziehen? Meine Antwort heißt eindeutig - nein! Nur mit einer hohen Wahlbeteiligung kann den Regierenden gezeigt werden, was der Wähler erwartet und was ihn abschreckt. Letztlich macht der Wechselwähler die demokratische Wahl doch erst möglich. Warum demonstrieren wir eigentlich nicht auf unseren Straßen für die Demokratie? Wer sich gründlich informiert, wer offen ist auch für das vermeintlich andere Lager, kann auch in einer derart kritischen Zeit rechtschaffende Politiker erkennen.

Alle anderen sollten durch ein entsprechendes Votum abgestraft werden.

Manchmal höre ich in der politischen Diskussion: „Dann müsste ja jeder zweite Politiker zurücktreten, wenn jede Kleinigkeit gleich an die große Glocke gehängt wird!“ Dann muß eben jeder Zweite endlich zurücktreten. Hinnehmen, dass diese Demokratie Stück für Stück demontiert wird, das kann keiner ernst meinen, der die positive Zukunft unserer Gesellschaft im Sinn hat.

Deshalb gilt für mich: Ich gehe wählen – für die Demokratie!

Thomas Werner, Rieseby

## **Ulrike muss in den Landtag**

Eine Frau aus unserer Mitte!



Eine Schleswig-Holsteinerin, 51 Jahre, gelernte Industriekauf-frau, verheiratet, zwei erwachsene Kinder, wohnhaft in Söby/Holzdorf.

Ulrike Rodust, der Name ist in unserer Region für die meisten ein Begriff.

Diese Frau ist ein Energiebündel, eine Frau die zuhören kann und stets ein offenes Ohr für die Sorgen der Bürger ihres Wahlkreises hat. Auch in Rieseby gibt es Personen, die ihren engagierten Einsatz und den damit verbundenen Erfolg erlebt haben.

Ulrike Rodust ist eine bodenständige Frau, sie hat die Alltagprobleme einer ganz normalen Familie bewältigt und weiß was es heißt Arbeit, Familie und Ehe unter einen Hut zu bringen. Dass sie daneben eine Krankheit überwunden hat, die ihr kaum Aussicht auf ein Älterwerden versprach, lässt sie unerwähnt. E-

ne Frau, die Nöte und Ängste nicht nur aus Büchern erfahren hat.

Aus dem Empfinden, als Frau nicht stumm zu bleiben, entschloss sie sich politisch mitreden zu wollen und trat 1972 in die SPD ein, deren Grundsätze am ehesten ihren eigenen Vorstellungen entsprachen.

Über die Arbeit als Bürgerliches Mitglied im Sozialausschuss und im Parteivorstand in Itzehoe, übernahm sie von 1984 – 1991 den Vorsitz. Sie arbeitete und erwarb sich ihr Wissen in folgenden Ausschüssen: Wirtschaft, Finanz, Schule und Feuerwehr. 1988 – 1998 war sie stellvertretende Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD. 1990 wurde sie als Ehrenrichterin ans Verwaltungsgericht in Schleswig berufen.

Seit dem 15.12.93 ist Ulrike Rodust Mitglied im Landtag. Ihre Tätigkeitsfelder liegen im Wirtschaftsaus- und Eingabenausschuss. Seit 1995 ist sie Mitglied des Bundespartei-rates und seit 1996 die wirtschaftspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion und Kreisvorsitzende der SPD im Kreis Rendsburg-

Eckernförde. Am 01.02.98 wurde sie Vorsitzende des Europaausschusses.

Diese Frau kann nicht abgehoben sein, da sie ihre Arbeit an der Basis nicht vernachlässigt und als Gemeindevertreterin in Holzdorf sehr engagiert und richtungsweisend mitarbeitet. Ihre Erfahrungen aus den unteren Ebenen der kommunalen Arbeit bringt sie meist mit Erfolg in den entscheidenden Gremien der Landesregierung ein – somit ein Gewinn für unsere Region - !

Ulrike Rodust sieht für Schleswig Holstein besondere Chancen in der Ostseeregion. Schleswig-Holstein ist der Motor für einen Ostseezusammenschluss, was eine große Herausforderung bedeutet. Die Erweiterung der EU wird auch für unser Land Auswirkungen haben.

- Es geht dabei um Perspektiven einer regionalen Zusammenarbeit
- Um die Vertiefung der ökonomischen Beziehungen einschließlich der Lösung der Verkehrsfragen
- Z.B. um die Weiterführung der wirtschaftlichen Entwicklung und Integration

- 
- Um die Integration der Ostseeregion in die gesamteuropäische Entwicklung (wir dürfen nicht abgekoppelt werden)
- Um die Förderung menschlicher Begegnungen und die Sicherheit der Bürger
- Um den Schutz der Umwelt und die ökologische Erneuerung

Wer diese Dinge verfolgt und vorantreibt, wird dafür sorgen, dass wir konkurrenzfähig bleiben, Arbeitsplätze nicht verloren gehen, sich die Zukunftschancen unseres Landes sogar verbessern.

Ulrike Rodust ist die Frau, die die Voraussetzungen mitbringt an einer positiven Gestaltung unseres Landes und unserer Region mitzuwirken.

**Liebe Wählerinnen und Wähler geben Sie Ulrike Rodust am 27.02.2000 Ihre Stimme, denn zu ihr gibt es keine Alternative.**

Dorit Indinger

## Geht wählen!



### Sind wir Bürger dumm?

Spendenaffäre, Hochzeitsgeschenke, Freiflüge gibt es in der Politik und hat es immer gegeben. Wohl nicht auf unterster Ebene, da ist es uninteressant, bewirkt wird in der Regel erst etwas in den oberen Etagen.

30 000 DM in der Schublade veranlassten Rücktritte und gerüchteweise Schuldzuweisungen am Selbstmord eines Politikers.

Schwarzgelder in Millionenhöhe sind dagegen für die Politiker der betroffenen Partei so banal, dass sie es vorziehen, für den bevorstehenden Wahlkampf bundespolitischen Sachthemen (Ökosteuer) in den Ring zu werfen. Tatsächlich wären den Schleswig-holsteinischen Bürgern landespolitische Sachthemen sehr viel wichtiger als es Herr Rühle annimmt. Leichter ist es dabei The-

men aufzugreifen, die den Bürger finanziell letztendlich mehr belasten. Dagegen eigene Unredlichkeiten zu bekennen und deren lückenlose Aufklärung tatsächlich zu forcieren ist unbequem und wird beiseite gelegt.

Doch wenn schon die Ökosteuer zum anheizen der Gemüter benutzt wird, dann muss auch wahrheitsgemäß darüber gesprochen werden.

Nach meiner Kenntnis wird die Ökosteuer für unsere Renten und den Erhalt unserer Umwelt genutzt!

Nun ja Renten; wieder ein Thema, das unsere Gemüter in Wallung bringt. Doch erinnern wir uns. Jahrelang hat man die Rentenkassen massiv geplündert, zuletzt für den Aufbau Ost. Unser aller zurückgelegtes Geld wurde genutzt um andere Löcher zu stopfen. Vorübergehend etwas auszuleihen, das ist nicht verkehrt, doch man sollte darüber nachdenken, wie dieses Geld zurückgezahlt werden kann, ansonsten ist es Betrug.

Mit der Erhöhung der Mineralölsteuer ist der Anfang gemacht worden, die Rentensituation zu sanieren. Es geht wohl kaum um die Frage, ob die Rentenkassen aufgefüllt werden sollen, sondern um das „WIE“ und da dürfte es fast egal sein wo das Geld aufgeschlagen wird, bezahlen müssen wir es alle.

Erinnern wir uns an die Anhebungen der Mineralölsteuern in den 80er Jahren. Viele stell-

ten sich auf Dieselfahrzeuge um und die Schleswig-Holsteiner tankten den Billigdiesel in Dänemark. So mancher wird sich an die kilometerlangen Schlangen an den Tankstellen erinnern und musste, wenn ihn der Zoll erwischte, nachbezahlen.

Seit 1986 sind die Benzinpreise ständig gestiegen. Unter der Regierung Helmut Kohls erfolgte zum 1. Juli 1991 eine Anhebung von 22 Pfennige und 1994 eine weitere Erhöhung um 16 Pfennig je Liter Benzin.

Als Grund für die erste große Erhöhung wurde der Aufbau der Neuen Länder, der Golfkonflikt und umweltpolitische Ziele genannt, die zweite große Anhebung diente der Finanzierung der Bahnreform (Bundesbahn und Reichsbahn wurden am 1. Januar 1994 zur Deutschen Bahn AG. vereinigt).

Misst die CDU mit zweierlei Maß. Amnestie für eigene Taten?

Und wenn dann noch, bei der sehr zögerlichen Wahrheitsfindung, einem verstorbenen CDU Politiker die verschwundenen 100 000 Mark untergejubelt werden sollen, dann ist auch der letzte Rest von Achtung verspielt.

Christlichkeit verstehe ich anders.

Dorit Indinger



## **Ein Ehrenwort - oder vor dem Gesetz sind alle gleich!**

Ein Versprechen zu halten, ein Ehrenwort zu geben, sind Tugenden die ein jeder nachvollziehbar für gut halten muß. Diese wertvollen Begriffe kommen in unserer schnelllebigen

und hektischen Gesellschaft leider immer seltener vor. Viel zu oft werden diese Begriffe leichtfertig dahingesagt und nicht ernst genommen. Zur Zeit aber versucht eine Per-

Person des öffentlichen Lebens den Begriff des Ehrenwortes über alle Maßen zu strapazieren, ja sogar über die Verfassung, also über Recht und Gesetz zu stellen.

Unser ehemaliger Bundeskanzler, Helmut Kohl, in seiner Funktion als Parteivorsitzender der CDU, hat über Jahre hinweg Gelder von anonymen Spendern in beträchtlichen Summen auf schwarzen Konten geparkt und nach Bedarf im ganzen Land an seine Parteifreunde verteilt.. Das Parteienfinanzierungsgesetz - in den achtziger Jahren nach der sogenannten Flickaffäre in aller Munde - schreibt jedoch vor, daß Einzelspenden über DM 20.000,- öffentlich gemacht werden müssen. Dies geschieht in der Regel über den jährlichen Rechenschaftsbericht, der dem Bundestagspräsidenten vorzulegen ist. Man stelle sich nun vor, da sitzt der Bundeskanzler und Parteivorsitzende der CDU, Herr Kohl, Jahr für Jahr dabei, während die Rechenschaftsberichte seiner Partei mit wissentlich falschen Daten im Bundestag vorgelegt werden. Dieser Mann stellt sich nun hin und sagt, er habe den anonymen Spendern sein Ehrenwort gegeben ihre Namen nicht zu nennen, oder deutlicher gesagt, er hat diesen Spendern versprochen das Gesetz zu brechen. Es stellt sich natürlich jeder die Frage, was sind das für Ehrenmänner, die den damaligen Bundeskanzler dazu

ermutigten das Gesetz zu brechen ? Gibt es wirklich noch solche edlen Menschen, die aus purer Menschliebe einer Partei Hunderttausende von DM spenden ohne jeglichen Eigennutz. Ohne nicht vielleicht doch um einen kleinen Gefallen zu bitten oder eine Meinung zu beeinflussen. Für wie einfältig und dumm wird der mündige Bürger gehalten? Jede Person in unserem Land, die das Gesetz bricht, muß damit rechnen, sich vor einem Richter zu verantworten. Niemand will Helmut Kohl seine Verdienste absprechen, doch wenn der Glaube an Recht und Gesetz nicht verloren gehen soll, muß jeder, auch ein Helmut Kohl, zur Rechenschaft gezogen werden,

**D E N N :**

**VOR DEM GESETZ SIND ALLE GLEICH.**

Reinhard Küßner



**Heide Simonis**

**Liebe Bürgerin, lieber Bürger,**

Sie kennen mich als Ministerpräsidentin des Landes Schleswig-Holstein und als Ihre Landtagsabgeordnete auf dem Kieler Ostufer. Mit voller Kraft möchte ich an beiden Aufgaben weiter für Sie arbeiten.

Ihre